

Die Endphase des Duma-Wahlkampfes in Rußland

Petuchov, Vladimir Vasil'evic

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Petuchov, V. V. (1999). *Die Endphase des Duma-Wahlkampfes in Rußland*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 60/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48348>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen *Wahlen in Rußland 1999/10*

Nr. 60/1999

6. Dezember 1999

Die Endphase des Duma-Wahlkampfes in Rußland

Zusammenfassung

Der Wahlkampf für die Duma entwickelt sich wenig schwungvoll. Dennoch ist seit Oktober eine deutliche Verschiebung in der Wählerstimmung zu beobachten. "Vaterland – Ganz Rußland" und "Jabloko" verlieren Stimmen, während eine Reihe kleinerer Gruppen nun Chancen hat, die Fünfprozenthürde zu überwinden. Dies könnte nach dem 19. Dezember zu einer Fragmentierung der politischen Kräfte in der Duma führen. Gleichzeitig hat sich die "Kreml-Partei" auf der politischen Bühne zurückgemeldet. Das wird an den hohen Beliebtheitswerten von Ministerpräsident Putin deutlich, der sich jetzt offen als Unterstützer von "Einheit" bekannt hat. Allerdings ist Putins politische Stellung bisher nicht wirklich gefestigt, zumal er sein Verhältnis zu der in Öffentlichkeit negativ bewerteten Umgebung Jelzins erst noch definieren muß. Indes werden die wirklichen Sorgen der Bevölkerung im Wahlkampf weitgehend außer acht gelassen. Deutlich wird aber, daß sich bereits jetzt unter dem Dach des Jelzin-Regime das Post-Jelzin-Regime herausbildet, das auf einen autoritären Führungsstil und nationale Konsolidierung setzt. In diesem Kontext könnte der Duma eine Rolle als Gegengewicht zu autoritären Tendenzen zuwachsen.

Ein "müder" Wahlkampf?

Nach der Registrierung der Wahlvereinigungen durch die Zentrale Wahlkommission (ZWK) ist der Wahlkampf in die aktive Phase getreten. Zugegebenermaßen hat die Agitations- und Propagandakampagne der Parteien und Blöcke bislang viel weniger Schwung als bei den letzten Parlamentswahlen, von den Präsidentschaftswahlen ganz zu schweigen. Zum Teil hängt dies damit zusammen, daß die beteiligten Parteien Sanktionen der ZWK für Überschreitung des jeder Wahlvereinigung zugestandenen Wahlkampfbudgets fürchten, zum Teil ist es damit zu erklären, daß die Mittel für eine massierte Attacke auf die Wähler in den letzten ein bis zwei Wochen vor den Wahlen aufgespart werden. Wie die Erfahrungen aus den vorangegangenen Wahlkämpfen beweisen, treffen die meisten Bürger Rußlands ihre endgültige Entscheidung erst zu diesem Zeitpunkt. Abgesehen von den weiter geführten "Informationskriegen", ist das einzige, wodurch die insgesamt müde Wahlkampagne etwas belebt wird, die im Fernsehen direkt übertragenen Diskussionen der Parteivorsitzenden.

Stimmungswandel der Wähler im Oktober und November

Die Tendenzen, die sich Anfang Oktober abzeichneten (Rückgang der Wählerpräferenz für "Vaterland – Ganz Rußland" und "Jabloko" bei gleichbleibender Unterstützung für die KPRF und den Block "Edinstvo" [Einheit] von S. Šojgu), haben sich im November fortgesetzt. Wie die Umfrageergebnisse belegen, steht auch die "Union der rechten Kräfte" unmittelbar vor dem Sprung über die Fünfprozenthürde. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die "Union der rechten Kräfte" bewußt darauf verzichtet hat, das gesamte Wählerfeld anzusprechen. Vielmehr bemüht sie sich ausschließlich um die Mobilisierung von liberal eingestellten Bevölkerungsschichten, wobei sie einen Teil der traditionellen "Jabloko"-Wählerschaft abwirbt. Für eine gewisse Überraschung sorgte das Heranrücken der "Frauen Rußlands" von A. Fedulova an die Fünfprozentmarke, besser gesagt jenes Teils, der vor anderthalb Monaten aus der Wahlvereinigung "Vaterland – Ganz Rußland" ausgetreten ist (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Anteil der Respondenten,
die für eine bestimmte Wahlvereinigung/Partei/Bewegung stimmen würden
(Umfragen des Fonds "Öffentliche Meinung"; in %)¹

Wahlvereinigung	17. Oktober	31. Oktober	14. November	21. November
KPRF (G. Zjuganov)	20	20	22	21
Žirinovskij-Block	3	4	4	4
"Unser Haus Rußland" (V. Černomyrdin)	2	2	2	1
Interregionale Bewegung "Edinstvo" (S. Šojgu)	7	7	9	8
"Jabloko" (G. Javlinskij)	11	10	8	8
"Union der rechten Kräfte" (S. Kirienko)	2	3	4	5
"Vaterland – Ganz Rußland" (E. Primakov, Ju. Lužkov)	21	17	14	11
"Frauen Rußlands" (A. Fedulova)	3	3	3	4
Gegen alle	3	4	3	2
Unentschlossen	11	12	13	14
Würde nicht wählen gehen	5	6	5	6

Der Kreis der Parteien, die möglicherweise in die Duma einziehen werden, ist derzeit also etwas größer als noch vor einem Monat. Dies verleiht dem Wahlkampf zusätzliche Spannung: Davon, wer letzten Endes in der Duma vertreten sein wird, hängt das politische Kräfteverhältnis im Parlament wie auch die Kräftekonstellation in der Gesellschaft am Vorabend der Präsidentschaftswahlen ab. Denn es ist schon etwas anderes, ob im Parlament nur drei Parteien ihren Sitz haben ("Vaterland – Ganz Rußland", KPRF, "Jabloko") oder noch zwei bis drei weitere Wahlvereinigungen einziehen. Fügt man dem hinzu, daß sich in der künftigen Duma die Direktkandidaten aller Wahrscheinlichkeit nach zu ein bis zwei Abgeordnetengruppen mit dem Status eigenständiger Fraktionen zusammenschließen werden, so dürfte diese Duma dann weitaus mehr fragmentiert sein als die gegenwärtige. Durch eine solche Konstellation wäre die Zusammensetzung der künftigen Duma unter dem Aspekt des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft einerseits repräsentativer, da in der Duma zum ersten Mal in der postsowjetischen Geschichte "Linke", "Zentristen" und "Rechte" in dem

¹ In der Tabelle sind nur die Ergebnisse von Monitoring-Umfragen des Fonds "Öffentliche Meinung" (FOM) jener Wahlvereinigungen enthalten, für die bei insgesamt 1.500 Befragten mehr als 2% stimmen würden. Die Angaben beziehen sich auf die Gesamtmenge.

traditionellen, allgemein gebräuchlichen Sinn vertreten wären. Andererseits dürfte sich diese Fragmentierung und das Fehlen einer parlamentarischen Mehrheit auf die Handlungsfähigkeit und Effizienz der Duma auswirken.

Putin oder die politische Wiedergeburt der "Kreml-Partei"

Die hier angeführten Umfrageergebnisse legen allerdings nicht die qualitativen Veränderungen offen, die seit dem letzten Monat stattgefunden haben. Diese Veränderungen sind grundlegender Natur und gehen über den Rahmen der Parlamentswahlen hinaus: In einer sehr kurzen Zeitspanne (von Ende Oktober bis Anfang November) hat im politischen Prozeß Rußlands ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Während sich der Kreml zu Beginn des Herbstes in der Defensive befand, vollkommene Handlungsunfähigkeit an den Tag legte und Angriffen von allen Seiten ausgesetzt war (Korruptionsskandale, Wechsel in der Regierung, Eindringen tschetschenischer Freischärler nach Dagestan, Terrorakte in Moskau und in einigen anderen Regionen des Landes) und zu ernsthaftem Widerstand unfähig schien, so ist heute offenkundig, daß er nicht nur sein Machtpotential wiederhergestellt, sondern auch seine politischen Opponenten überrundet hat. Dabei verzeichnet er Punktgewinne auf Gebieten, die diese als ihr ureigenstes ansahen: Wiederherstellung der rußländischen Staatlichkeit und Patriotismus. Die führenden Köpfe von "Vaterland – Ganz Rußland" dagegen, E. Primakov und Ju. Lužkov, jüngst noch die Favoriten, waren, in die für sie ungewohnte Rolle von Oppositionellen gedrängt, diesem kompromißlosen Kampf nicht gewachsen. Sie verloren dazu noch die Unterstützung vieler Regionalfürsten, die seit letzten Monat eindeutig auf Abstand zu diesem Wahlblock gehen. Darunter befinden sich sogar solche, die seinerzeit an der Bildung dieses Blocks beteiligt waren. Beide Faktoren sind verantwortlich für den Rückgang in der Wählergunst

Gegenwärtig wird die politische Tagesordnung" in Rußland zunehmend vom derzeitigen Premierminister, V. Putin, bestimmt. Seine Beliebtheit nimmt unaufhaltsam zu (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2: Anteil der Bevölkerung, der für einen bestimmten Präsidentschaftskandidaten stimmen würde (in %)

Kandidaten	17. Oktober	31. Oktober	14. November	21. November
V. Žirinovskij	5	4	2	4
G. Zjuganov	15	17	15	16
A. Lebed'	4	3	3	2
Ju. Lužkov	5	3	3	3
E. Primakov	18	13	9	7
V. Putin	20	29	41	45
S. Stepašin	4	2	2	1
S. Šojgu	3	3	4	2
G. Javlinskij	6	6	4	4

Lange Zeit hielt sich Putin sowohl vom Wahlkampf als auch von den meisten Beteiligten des Wahlkampfes fern. Ende November aber sprach er sich eindeutig für die Vereinigung "Edinstvo" (S. Šojgu) aus, welche trotz recht hoher Zustimmungswerte ausgesprochen blaß und wenig überzeugend wirkt. Dies führte natürlich zum Unmut der übrigen beteiligten Parteien. Dennoch braucht Putin in seiner Eigenschaft als Premier bis zur Wahl keinen ernstzunehmenden Widerstand seitens einzelner politischer Kräfte zu fürchten, was im übrigen nicht heißen soll, er hätte keine Probleme. Das politische Gewicht Putins, einschließlich seiner hohen Popularität – sowohl als Präsidentschaftskandidat als auch im Hinblick auf das ihm entgegengebrachte Vertrauen –, ist

ephemer. Die Sympathien der Öffentlichkeit sind eher ein Vorschuß, ein Vertrauenskredit, den er noch zurückzahlen muß; die Einstellung der Eliten hingegen, vor allem der regionalen, ist bislang äußerst zurückhaltend, um nicht zu sagen: vorsichtig. Die wichtigsten Ressourcen Putins sind sein Amt, die Unterstützung der Massenmedien, der Armee und der Machtministerien. Dies ist zwar nicht wenig, aber für das höchste Staatsamt nicht genug.

Außerdem muß Putin noch seiner Beziehung zu der nächsten Umgebung Jelzins definieren, vor allem zu den oligarchischen Strukturen, die ihn für ihren Protegé halten, aber in der Gesellschaft wie in den Eliten stark negative Emotionen wecken. Indem diese Strukturen Putins politische Opponenten beizeiten ausschalten, machen sie ihn de facto zur Geisel ihrer Strategie, die einen politischen Dialog ausschließt und auf ein immer härteres Vorgehen gegen die wirkliche und die potentielle Opposition setzt. Damit soll das Szenario der Präsidentschaftswahlen 1996 in Rußland und der Präsidentschaftswahlen 1999 in der Ukraine wiederholt werden, d.h. ein Kandidat von der "Partei der Macht" gegen einen führenden Kommunisten. Die Umsetzung dieses Szenarios kann allerdings auf den Widerstand der Gruppierungen stoßen, die gegen den Kreml opponieren und eventuell eine breite linkszentristische Koalition mit der KPRF und "Vaterland – Ganz Rußland" bilden würden. Dem Kandidaten dürfte es dann ebenfalls schwerfallen, auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums ("Jabloko", teilweise "Union der rechten Kräfte") Unterstützung zu finden, da dieser mit der Verstärkung der autoritären Tendenzen sowie der Suche nach einem inneren wie äußeren Feind nicht einverstanden ist.

Die Sorgen der Bevölkerung in der gegenwärtigen Situation

Die Gefährlichkeit dieser Tendenzen liegt auf der Hand. Wie schon erwähnt, wird im wesentlichen das Szenario vorangegangener Wahlkämpfe wieder aufgenommen, indem die Hauptspannung auf eine virtuelle Ebene verlagert wird und reale soziale Probleme, die in den Programmen der beteiligten Parteien ihren Niederschlag finden, in den Hintergrund treten.

Dabei sind die anstehenden Wahlen nicht nur hinsichtlich der Veränderungen in den oberen Machtebenen wichtig, sondern in erster Linie im Hinblick darauf, wie sich diese Veränderungen auf die ökonomische und politische Lage im Lande auswirken werden. Wie die Ergebnisse einer Umfrage des RUFİ (Russisches Unabhängiges Forschungsinstitut, russ.: RNİSiNP) im Oktober belegen, beurteilen die meisten Befragten die nächste Zukunft der Landes relativ pessimistisch, auch wenn sie nicht zu übermäßiger Dramatisierung tendieren. Die aus den vorgeschlagenen Varianten einer "katastrophalen Entwicklung" (vollkommene Anarchie, Diktatur, Zerfall Rußlands, Aussetzung der Wahlen) gewählten Antworten zeugen davon, daß der Großteil der Bevölkerung nicht daran glaubt, daß diese so eintreten werden. Gleichzeitig sind die Menschen aber wenig geneigt, an schnelle Veränderung zum Besseren zu glauben. Ein "rußländisches Wunder", d.h. eine schnelle Stabilisierung der politischen und ökonomischen Situation im Lande, wird am allerwenigsten erwartet, obwohl die rußländischen Massenmedien schon seit einigen Monaten von einem wirtschaftlichen Aufschwung zu berichten wissen, der der Regierung Putin zu verdanken sei. Hingegen halten die meisten die Wiederholung eines Finanzkrachs wie des vom August 1998 für sehr gut möglich. Nach den vorliegenden Daten traut man auch den Siegesmeldungen der russischen Generäle nicht, obwohl ihr Vorgehen zur Befriedung Tschetscheniens als Ganzes gutgeheißen wird. Lediglich rund 5% der Bürger Rußlands glauben daran, daß im Verlauf dieses und des nächsten Jahres Frieden in den Nordkaukasus einziehen wird, rund 7% sind der Ansicht, daß die Terroranschläge tschetschenischer Freischärler unterbunden werden. Schließlich sind die Bürger nicht allzusehr davon überzeugt, daß im Lande freie und faire Wahlen stattfinden können (Tab. 3).

Der fehlende Glaube an die Durchführung freier Wahlen hat im übrigen weniger mit der Befürchtung von Wahlfälschungen zu tun, sondern mit etwas völlig anderem: Die Überzeugung, daß die einfachen Bürger mit ihren Stimmen das Leben des Landes insgesamt irgendwie beeinflussen können, wird zunehmend geringer. Daher kommt die Bewußtseinspaltung: der Glaube an Putin als

Wundertäter, Erlöser vor allen Mißgeschicken einerseits und das Einsehen andererseits, wie den aufgeführten Angaben zu entnehmen ist, daß von nirgendwoher und niemandem ein Wunder zu erwarten ist. Derartige Stimmungen dürften zunehmen, je mehr sich die Erkenntnis durchsetzt, daß die Frage der Macht im heutigen Rußland nicht bei den Wahlen, sondern über inoffizielle Absprachen politischer Clans und Oligarchenkreise entschieden wird. Auf jeden Fall gibt es viele Hinweise darauf, daß der Kreml alles tut, damit derjenige zum künftigen Präsidenten wird, den er dazu bestimmt hat. Bei der Umsetzung dieses Ziels sind die unterschiedlichsten Varianten und Szenarien denkbar – vom vorzeitigen Abtreten Jelzins auf dem Höhepunkt von Putins Beliebtheit bis zur Entlassung Putins, sollte dieser nicht nach den vorgegebenen Regeln spielen wollen, und demzufolge Ernennung eines neuen Amtsnachfolgers.

Tabelle 3: Die Wahrscheinlichkeit verschiedener Entwicklungsszenarien für Rußland im Jahre 2000 nach Meinungen der Bürger (in %)

Entwicklungsszenario	sehr wahrscheinlich	wenig wahrscheinlich	kann nicht eintreten	weiß nicht
Ausbrechen völliger Anarchie im Lande	24,0	26,7	31,1	18,2
Errichtung einer Diktatur	19,0	29,3	29,5	22,2
Wiederholung einer akuten Finanzkrise (rapide Rubelabwertung)	68,7	17,2	3,0	11,1
Zerfall Rußlands	16,1	29,0	40,8	14,1
Aussetzung der Wahlen, Verhängung des Ausnahmezustands	16,9	33,7	34,9	14,5
Vorzeitiges Abtreten B. Jelzins	11,0	26,3	52,8	9,9
Stabilisierung der politischen und ökonomischen Situation	4,6	39,9	37,9	17,6
Durchführung freier und fairer Wahlen	15,2	41,7	20,5	22,6
Herbeiführung des Friedens im Nordkaukasus	4,6	43,7	28,9	22,8
Unterbindung terroristischer Anschläge tschetschenischer Freischärler	7,0	38,7	30,2	24,1

Die Duma im Post-Jelzin-Regime

Einen Monat vor den Wahlen ist also vieles klarer geworden, während sich manche Tendenzen, die gestern noch eindeutig schienen, heute kaum noch prognostizierbar sind. Deutlich ist unter anderem, daß es in der künftigen Staatsduma keine "parlamentarische Mehrheit" und folglich auch keine schnellen und abrupten Versuche der Verfassungsänderung geben wird. Wahrscheinlich wird man wohl auch keine Anstrengungen zur sofortigen Absetzung der Regierung unternehmen. Unklar bleibt aber die wichtigste Frage, nämlich welche Art Wechselbeziehung sich zwischen den Hauptakteuren auf der politischen Bühne Rußlands etablieren wird. Hier hängt vieles von der Position des gegenwärtigen Präsidenten Rußlands, Jelzin, ab. An den Schritten, die er in der letzten Zeit unternommen hat, wird immer deutlicher, daß die Epoche Jelzin noch innerhalb seiner Amtszeit zu Ende geht. Das neue politische Regime wird aber nicht etwa durch den Machtantritt einer Opposition zustande kommen, sondern erwächst aus dem bestehenden System heraus, gründet allerdings auf ganz anderen Prinzipien (harte Machtausübung, Priorität der Machtministerien und des Rüstungssektors,

nationale Konsolidierung auf der Basis patriotischer Werte, gemäßigtes Antiwestlertum u.ä.). Jetzt, wo sich das neue Post-Jelzin-Regime herauszubilden beginnt, präsentieren

sich auch die Funktionen der Staatsduma in einem völlig anderen Licht: Sie dürfte in Zukunft bestenfalls ein allgemein demokratisches Gegengewicht zu den autoritären Tendenzen der Exekutive verkörpern.

Vladimir Petuchov

Diese Arbeit ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist Direktor des Zentrums für sozialpolitische Analyse des RUFI, Moskau.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Übersetzung: Olga Löwen

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071